



Hindernisse für Bürgerteilhabe bei Finanzentscheidungen beseitigen

Das Finanztabu ist Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Bürgern in Thüringen und nicht mehr zeitgemäß

Anlässlich des Tages der Verfassung in Thüringen am 25. Oktober – 18 Jahre zuvor war die Landesverfassung verabschiedet worden – bekräftigte die Linksfraktion ihre Forderung nach Abschaffung des so genannten „Finanzvorbehalts“ bei Volksbegehren und Volksentscheiden in Thüringen. Bodo Ramelow erklärte: „Angesichts täglich neuer Entscheidungen zu Finanztransfers in beispiellosen Höhen wollen wir ein klares Bekenntnis des Landtags und jedes Abgeordneten, dass Bürger mitentscheiden können und nicht weiter außen vor gelassen werden.“ Der Finanzvorbehalt sei ein undemokratisches K.O.-Kriterium für direkte Demokratie und gebe Bürgern den Eindruck, wichtigen Entscheidungen ohnmächtig zuzusehen.

Die Linksfraktion werde eine Initiative ins Parlament einbringen, dass in Zukunft Thüringer wirklich mitentscheiden können, wenn es um die Verwendung von Steuergeldern geht. Schließlich hätten Erfahrungen anderer Länder und Ergebnisse verschiedener Analysen, Untersuchungen und Tagungen, wie der Konferenz der Fraktionen von LINKE, Grünen und SPD zusammen mit dem Bündnis „Mehr Demokratie in Thüringen“ gezeigt, dass weitsichtige und vernünftige Entscheidungen getroffen werden. Die Impulse zur Abschaffung des Finanztabus sollte der Landtag in Zusammenarbeit mit dem Mehr-Demokratie-Bündnis schnellstmöglich aufgreifen und Reformen für die Thüringer Verfas-

sung auf den Weg bringen, forderte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN. Gerade von der CDU sei ein klares Signal notwendig. Schließlich gehe es um das Praktizieren von mehr Mitbestimmung im Alltag und nicht um ein taktisches Winken, wie bei der Schuldenbremse.

Ralf-Uwe Beck: Den Bürgern eine Veto-Initiative zugestehen

„Das Finanztabu ist Ausdruck des Misstrauens gegenüber den Bürgern und nicht zeitgemäß“, hatte Ralf-Uwe Beck, Mehr Demokratie-Landessprecher, erklärt. Die Forderung nach Abschaffung dieses Tabus werde auch von dem 20 Organisationen starken Bündnis für Mehr Demokratie in Thüringen unterstützt. Das Bündnis hatte mit einem erfolgreichen Volksbegehren eine Reform der direkten Demokratie und damit eine Änderung der Verfassung angestoßen. Seit 2003 sind Volksbegehren tatsächlich erleichtert.

Finanzwirksamen Volksbegehren allerdings ist durch den Satz im Artikel 82 der Thüringer Verfassung „Volksbegehren zum Landeshaushalt ... sind unzulässig“ ein Riegel vorgeschoben. Mehr Demokratie hatte bereits im Juli dieses Jahres eine fraktionsübergreifende Initiative für die Streichung des Finanztabus angeregt. Mehr Demokratie setzt sich auch dafür ein, in Thüringen das so genannte fakultative Referendum einzuführen. Danach würden vom Parlament verabschiedete Geset-

ze erst in Kraft treten, wenn nach einer definierten Frist kein Volksbegehren dagegen eingeleitet wurde. Diese Veto-Initiative sollte den Bürgern auch bei finanzwirksamen Entscheidungen des Landtages, beispielsweise über größere Investitionen, zugestanden werden.

„Praktisch jedes politische Vorhaben kostet Geld – das Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger, die aber mit dem undemokratischen Hindernis des ‚Finanzvorbehalts‘ von der Entscheidung über finanzrelevante Projekte und Volksbegehren ferngehalten werden“, hatte auch Martina Renner, Fraktionsvize und innenpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, erklärt.

Schub für Reformdiskussion

Erfahrungen und Untersuchungen aus der Schweiz zeigten, dass Entscheidungen, die im Wege der direkten Demokratie getroffen werden, „politisch weitsichtiger und wirtschaftlich vernünftiger ausfallen, als Parlamentsbeschlüsse“.

Martina Renner geht davon aus, dass die Reformdiskussion in nächster Zeit einen kräftigen Schub erhalten wird: Zum einen sei da auf das laufende Volksbegehren zu gerechten und sozialen Kommunalabgaben in Thüringen zu verweisen, bei dem nun das Prüfergebnis der Landtagspräsidentin anstehe. Zum anderen finde am 27. November in Baden-Württemberg die Volksabstimmung zu dem Großprojekt „Stuttgart 21“ statt. ■

AKTUELL

Regierungs-Zwischenbilanz: „Man steht auf der Bremse“

Am 30. November war Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht (CDU) zwei Jahre im Amt. Zur Bilanz der Regierungsarbeit sagte Bodo Ramelow: „Bei den für Thüringen wichtigen Vorhaben, wie der Verwaltungsreform oder der Bildungspolitik, stehen die Koalitionäre wechselseitig auf der Bremse. Da stolpert zusammen, was nicht zusammen gehört.“

Seit Beginn der Legislatur drücke sich die schwarz-rosa Koalition um die großen Themen herum. „Das Prinzip dieser Regierung lautet, sich gegenseitig in Schach zu halten. Aber weder das Aussitzen von Entscheidungen noch das Verschleppen auf den Sankt Nimmerleinstag bringen Thüringen voran“,

kritisierte der Fraktionsvorsitzende. Dass bislang die Verwaltungsreform noch nicht angegangen wurde, sei „eine schwere Hypothek für Thüringen“. Zudem sei eine Veränderung bei der Kommunalabgabepolitik weg von Zwangsbeiträgen hin zu sozial gerechten Gebühren längst überfällig, und aus dem von der SPD vollmundig angekündigten längerem gemeinsamen Lernen sei am Ende nur ein Schulreformchen in homöopathischer Dosis geworden. Bodo Ramelow erneuerte die Forderung der LINKEN, eine Volksabstimmung zum künftigen Schulkonzept zu initiieren. „Diese Regierung tut offenkundig das Gegenteil von dem, was sich die Bevölkerung wünscht.“ Erst kürzlich hatte der ThüringerMonitor festgestellt, dass eine

Mehrzahl der Thüringer sich für eine Strukturreform ausspricht. „Diese schwarz-rosa Koalition verschafft Thüringen Stagnation auf hohem Niveau und sorgt damit leider für verlorene Jahre für Thüringen“, so Ramelow.

Während der Vize-Ministerpräsident Christoph Matschie (SPD) meinte, die SPD habe die wesentlichen politischen Eckpunkte der zweijährigen Regierungsarbeit bestimmt (deutlicher Verbesserung in den Kitas, Wirtschaftsförderpolitik, Landesprogramm gegen Rechtsextremismus), betonte die Ministerpräsidentin in einem TA-Interview, dass die Koalition „Beachtliches geleistet“ habe. Lieberknecht verwies auf die Polizeireform und den Haushalt 2012, der ohne Schulden verabschiedet werde. ■

KOMMENTIERT:

von Michael Sojka

Inkonsequenter Schritt

Mit Blick auf die dringend notwendige Verwaltungsreform in Thüringen habe ich die bekannt gewordenen Pläne des Thüringer Bildungsministers zur Reduzierung der Schulämter als einen halbherzigen Schritt bezeichnet. Nicht zuletzt wird damit auch die unmittelbare und schnelle Beratung und Unterstützung der Schulen vor Ort deutlich erschwert.

Die geplante Reduzierung der Schulämter von elf auf fünf ist inhaltlich falsch und kostet darüber hinaus über eine Million Euro mehr an Landesmitteln für die Anmietung neuer Liegenschaften sowie zur Anschaffung neuer Büro- und Computertechnik. Vielmehr ist die völlige Abschaffung der Schulämter durch eine Übertragung ihrer Aufgaben auf die Schulträger längst überfällig.

Nur so können die kommunalen Schulträger vor Ort endlich die Entwicklung ihrer Schulen zu wirklich eigenverantwortlichen Schulen inhaltlich unterstützen und wirksam voranbringen. Seit Jahren wird die unnötige Doppelverwaltung von Schulämtern und Schulverwaltungsämtern beklagt, welche die Probleme nicht lösen hilft, sondern eher das Hin- und Herschieben von Verantwortung unterstützt. Schulen brauchen keine Kontrolle und Bevormundung, sondern wirkliche Eigenverantwortung in Zusammenarbeit mit den Schulträgern vor Ort. Und deshalb ist eine effektive und schnell erreichbare Beratung und Unterstützung der Schulen bei pädagogischen, psychologischen oder rechtlichen Problemen von entscheidender Bedeutung.

Durch eine Zentralisierung der Schulaufsicht auf fünf Standorte werden aber auch die notwendigen Beratungsangebote zentralisiert und damit für viele Schulen unerreichbar. Notwendig ist stattdessen die Zentralisierung bzw. Abschaffung unnötiger Verwaltungsstrukturen bei gleichzeitiger Regionalisierung der dringenden Beratung und Unterstützung.

Ich betone es abschließend noch einmal: Die völlige Abschaffung der Schulämter und die Schaffung regionaler Schulberatungszentren – das wäre ein konsequenter und notwendiger Schritt für die Thüringer Bildungslandschaft. ■